

Erklärung für die Medien

1.2.03

Darmstädter Rede von **Paul Spiegel**, 26.1.2003

Der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, kritisiert die Bundesregierung. Sie sei „a priori gegen Krieg. Die Konzentrationslager sind nicht durch Demonstranten sondern durch die Rote Armee befreit worden.“

Diese zwei Sätze beinhalten gleich mehrere Unterstellungen und historische Fehler.

1. Deutschland ist nicht „a priori“ und uneingeschränkt gegen einen Krieg(GG). Aber zwischen Angriff und Verteidigung liegen völkerrechtlich Welten. Den Irak anzugreifen, dem die Kontrolleure der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) die Note Zwei für seine Kooperationsbereitschaft gegeben haben, würde mit einem Schlag die Weltordnung auf den Kopf und alle Bündnisse infrage stellen.
2. Die Alliierten haben mit Verteidigung reagiert, nachdem Hitler einen Angriffskrieg begonnen hatte.
3. Die Befreiung der Konzentrationslager erfolgte erst, nachdem dieser Angriffskrieg Hitlers 6 Jahre dauerte und bereits 6 Millionen Juden ermordet waren. Die Tatsachen des Genozid waren nicht nur dem Vatikan, sondern auch den „Befreier“ **vor** 1945 bekannt. Und die Rote Armee war zufällig als erste in Auschwitz und in den im Osten gelegenen KZ. Das zu einem humanitären Akt zu stilisieren ist gerade angesichts früherer russischer Progreome gegen Juden und einem offenen Antisemitismus ein Witz. Getreu ihrem Pakt mit Hitler unterdrückte die UDSSR lange die Nachrichten über die Judenverfolgungen der Nazis. Die Transportwege zu den KZs wurden nie angegriffen und zerstört!
4. Die Alliierten führten den Kampf gegen Nazi-Deutschland nicht, um die Juden zu befreien. Das war nicht die Absicht des Krieges, sondern eine der Folgen. Moralische Überlegungen spielten - wieauch heute - in der damaligen Politik keine Rolle.
5. Ungetrüb von moralischen Überlegungen wurde der britische Premier Clement Richard Attlee 1945, direkt nach dem Holocaust, zum brutalen Gegner der jüdischen Einwanderung nach Palästina, denn das bankrotte England war auf Öl und damit die Sympathie der arabischen Länder angewiesen. (Kommt bekannt vor!) Sein Außenminister Ernest Bevin sparte nicht mit antisemitischen Haßtiraden, beschränkte die Einwanderungsquote auf ein Fünftel der von dem US-Präsidenten Truman geforderten Zahl und ließ fast alle Schiffe mit Juden, die nach Palästina wollten, aufbringen. Am bekanntesten ist der Fall der EXODUS mit 4500 eingepferchten Juden, die beschossen, gekapert und nach Deutschland zurück gebracht wurden. Dort kamen sie in mit Stacheldraht bewehrte Lager und fühlten sich wieder wie im KZ.
6. Im August 1945 legte der mit einer Untersuchung der deutschen Juden-Lager beauftragte Earl G. Harrison den amerikanischen Behörden seinen Bericht vor, in dem er schrieb: „Es sieht so aus, als behandelten wir (die US-Militär-Bewacher) die Juden kaum anders, als es die Nazis taten...Zu Tausenden werden sie in Konzentrationslagern anstelle der SS von unserer Armee bewacht...Man muß sich fragen, ob das deutsche Volk nicht annehmen muß, wir folgten dem Beispiel der Nazis.“ Der US-General Patton beurteilte den Harrison-Bericht über die Lager der Displaced Persons (DP = zurückgekehrte, ehemals verschleppte Personen) menschenverachtend und mit kaum zu steigendem Antisemitismus: „Leute wie Harrison halten die DPs für Menschen. Das sind sie aber nicht. Das gilt speziell für die Juden. Die stehen noch unter den Tieren.“ Der damalige US- Verteidigungsminister James Forester versuchte im November 1947 - vor der UN- Abstimmung über die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Teil - die amerikanischen Regierungsmitglieder zu beschwichtigen und zu motivieren: „Es gibt dort 30 Millionen Araber und 600.000 Juden. Die Araber schmeißen die Juden doch früher oder später sowieso ins Meer.“

So viel nur zu den hehren Motiven der Befreier der Konzentrationslager, zu diversen Parallelen zu heute und zum unvorstellbaren Leid und zur Diskriminierung der Juden. Nach all der Gewalt, die diesen Menschen angetan wurde, mag es verständlich sein, daß sie selbst Gewalt als einziges Mittel gegen Unsicherheit und Bedrohung ansehen.

Wir aber sollten demonstrieren dürfen, ohne dafür kritisiert oder gar diskreditiert zu werden.

Kopien an Zentralrat der Juden, Kirchen, Gruppen der Friedensbewegung